

# Fast alle Fraktionen verweigerten die Zustimmung Bezirksamt abgestraft: Nein zum Haushaltsplan-Entwurf

**MITTE.** Was nun? Mit deutlicher Mehrheit (42 Nein- und 9 Ja-Stimmen, eine Enthaltung und eine ungültige Stimme) lehnte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am vergangenen Donnerstag den Haushaltsplan-

Entwurf des Bezirksamtes für 2010/2011 ab. Lediglich die Linken-Fraktion hatte sich für eine Annahme ausgesprochen. Bis zur Verabschiedung eines Plans gilt jetzt die so genannte vorläufige Haushaltswirtschaft.

Der Entwurf des Bezirkslasse „Nachhaltigkeit, Transparenz und Vertrauen“ vermissen, kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Thorsten Reschke. Bei der baulichen Unterhaltung erkenne er „Luftbuchungen“, der Schulentwicklungsplan sei nicht abgeschlossen und die Kommunikation lasse zu wünschen übrig.

Die Grünen begründeten ihr „Nein“ mit fehlender Kooperation von Bezirksamt und BVV bei den Beratungen in den Ausschüssen sowie mangelnden Konzepten zur Erhöhung der Einnahmen.

SPD-Fraktionschef Lars Neuhaus monierte, dass die Bewirtschaftungskosten für Schulen um 200 000 Euro reduziert werden sollten, um zwei Jugendeinrichtungen finanzieren zu können, wie es die Linke bzw. ihr Stadtrat Rainer-Maria Fritsch vorschlugen – diese Gegenfinanzierung sei unseriös. Diese – im Hauptausschuss auch von einer SPD-Verordne-

ten unterstützte – Idee hatte in den Tagen zuvor für großen Unmut zwischen Sozialdemokraten und Linken gesorgt.

Rainer-Maria Fritsch, der für Jugend und Finanzen verantwortliche Stadtrat, musste mehrfach harsche Kritik an seiner Tätigkeit einstecken – ihn wird es nicht sonderlich gestört haben, wechselte er doch nach nur knapp zwei Jahren im Amt am Dienstag als Staatssekretär zur neuen Arbeits- und Sozialsenatorin Carola Bluhm.

Einig waren sich alle Redner, dass die Zuweisungen des Landes Berlin an den Bezirk Mitte viel zu gering ausfielen, obwohl durch die Zusammenarbeit im Rat der Bürgermeister die Situation entspannt werden konnte, wie Lars Neuhaus unterstrich.

Der scheidende Jugend- und Finanzstadtrat wies bereits am Freitagmorgen im Internet auf die Folgen der Abstimmung hin: Die Finanzierung von Projekten freier Träger ist nicht

mehr oder nur sehr eingeschränkt möglich; die Finanzierung werde der Zustimmung der Senatsverwaltung bedürfen. Mehrausgaben für freie Träger sind von der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses abhängig – dazu müssten Gegenfinanzierungsvorschläge unterbreitet werden.

Neue Projekte dürfen nicht begonnen werden, Stellenneubesetzungen – auch bei den Trägern – sind nicht möglich. Einrichtungen des Bezirks könnten nicht aufgegeben werden, da die BVV-Zustimmung fehle.

Auch bei einem positivem Votum zum Bezirksamts-Entwurf hätte der Bezirk allerdings ab Anfang 2010 zunächst – bis zum Beschluss eines Schulentwicklungsplans – unter vorläufiger Haushaltswirtschaft gestanden. Die Fraktionen appellierten an das Bezirksamt, so schnell wie möglich neue Beratungen aufzunehmen. fis